

Politik für psychisch kranke Menschen Bundestagswahl 2021

Dr. Dietrich Munz

38. Deutscher Psychotherapeutentag | 23./24. April 2021

BT-Wahl 2021: Gesundheitspolitische Forderungen

CDU

- Wahlprogrammewurf noch nicht veröffentlicht

SPD

- Einführung einer Bürgerversicherung für eine stabile und solidarische Finanzierung
- Stärkung der teambasierten ambulanten Versorgung, Überwindung der Sektorengrenzen, Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung
- Digitalisierung für eine flächendeckende Versorgung vorantreiben
- Abschaffung von psychologischen Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität
- Stärkung des Personals in der Kinder- und Jugendhilfe (Fachkräftesicherung)

**B'90
GRN**

- **Mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen; Gute Ausbildungsbedingungen für PiAs und PtWs schaffen; Konversionstherapien verbieten**
- Planung und Sicherstellung der Versorgung in Gesundheitsregionen und interdisziplinäre Versorgung in Gesundheitszentren
- solidarische Finanzierung über Einführung der Bürgerversicherung
- ePA zum Nutzen der Patient*innen weiterentwickeln, Datennutzung für Forschung nur mit Zustimmung
- Anonymer Krankenschein für Menschen ohne Papiere

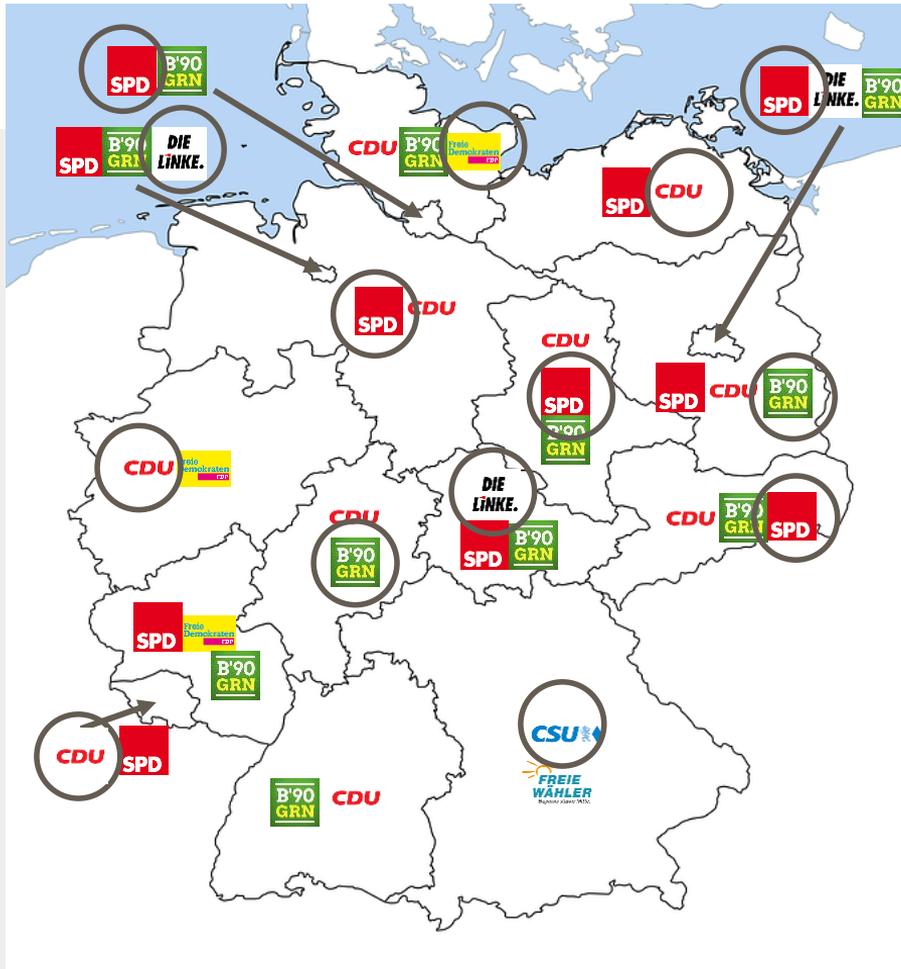
**Freie
Demokraten
FDP**

- **Wartezeiten für Therapieplätze verkürzen; Ausbildung der Psychotherapeut*innen weiterentwickeln**
- Spielräume für Verträge zwischen GKV und Leistungserbringer*innen für innovative Versorgungsformen ausweiten
- intersektorale Versorgung stärken, integrierte Gesundheitszentren etablieren, regionalen Versorgung stärken
- solidarisches und duales Gesundheitssystem der Kassenvielfalt; Qualitäts-, Effizienz- und Innovationssteigerung über Wettbewerb
- Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben (offene Standards, Interoperabilität, Datensicherheit)

**DIE
LINKE.**

- **Bedarfsplanung überarbeiten; Finanzierung der Psychotherapie sicherstellen; freier Zugang zu Psychotherapie für Trans*Personen; höheres Schutzalter für Konversionstherapien; mehr psycholog. Personal in Jugendämtern**
- Etablierung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegevollversicherung
- Gleichstellung von psychisch kranken Menschen vor dem Gesetz und Sozialversicherungen; Teilhabeleistungen bedarfsdeckend sicherstellen
- regionale, interdisziplinäre Versorgungszentren (u. a. auch Psychotherapeut*innen)

Gesundheitspolitische Pluralität auf Landesebene



Die Bundesländer
reden mit!

Nach der Spahn-Politik die Spar-Politik!?

Öffentlicher Haushalt

- Finanzierungsdefizit von € 189,2 Mrd.

Finanzierungslücke GKV

- Finanzierungslücke von € 16,6 Mrd.
- Steuerzuschuss: € 5 Mrd.
- Anhebung Zusatzbeitrag: Ø 1,3 Prozent
- Abschmelzen GKV-Rücklagen: € 8 Mrd.

Davon Defizit
durch
Coronakrise:
€ 3,5 Mrd.

- Zugang zur Psychotherapie sichern
- Bedarfsplanung reformieren
- Behandlungsstandards wahren
- Versorgung psychisch kranker Menschen weiterentwickeln
- Teilhabechancen stärken

Mehrbedarf durch
psychische
Belastungen infolge
der Coronakrise

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!